Änderung des Spitalgesetzes

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 25. August 2008, RRB Nr. 2008/1461

Zuständiges Departement

Departement des Innern

Vorberatende Kommission(en)

Sozial- und Gesundheitskommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung3
1. Ausgangslage5
1.1 Rettungsdienste und Alarmzentrale5
1.2 Erlasse der soH5
2. Auswirkungen6
3. Rechtliches6
4. Antrag6
5. Beschlussesentwurf7

Anhang/Beilagen

Kurzfassung

Mit der vorliegenden Revision des Spitalgesetzes werden zwei Rechtsgrundlagen geschaffen: einerseits für Rettungsdienste und Alarmzentrale, andererseits für die Tarifbestimmungen der Solothurner Spitäler AG (soH).

Der Rettungsdienst wurde bisher als Aufgabe der Spitäler angesehen, welche diese gemäss der Leistungsvereinbarung selbst oder durch Dritte erfüllten. In Gebieten, die von spitaleigenen oder beauftragten Rettungsdiensten wegen der zeitlichen Vorgaben für Rettungseinsätze nicht oder nur teilweise versorgt werden können (Bezirke Thierstein, Thal und Gäu), sind andere Rettungsorganisationen tätig (Paramedic, SRO). Diese haben bereits früher Beiträge des Kantons Solothurn erhalten. Mit der Aufhebung des Bezirksspitals Thierstein und dem Auslaufen des Vertrags mit dem Spital Niederbipp sind diese Beiträge weggefallen. Mit dem neuen § 14^{bis} wird die Rechtsgrundlage für die Organisation des Rettungsdienstes im Kanton Solothurn geschaffen. Der Regierungsrat kann entweder alle Leistungsvereinbarungen selbst oder eine Leistungsvereinbarung für den Bereich des gesamten Kantons mit der soH abschliessen, welche ihrerseits dann die Möglichkeit hat, einzelne Gebiete durch Dritte versorgen zu lassen.

Zudem wird mit § 14^{bis} der Betrieb der Alarmzentrale geregelt, wobei der Regierungsrat auch die Möglichkeit hat, die Führung einem Dritten zu übertragen.

Für die Tarifbestimmungen der soH wird ebenfalls eine rechtliche Grundlage geschaffen (§ 19 Abs. 2).

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über die Änderung des Spitalgesetzes

1. Ausgangslage

Die vorliegende Revision des Spitalgesetzes umfasst zwei Punkte:

- die Schaffung einer Rechtsgrundlage für Rettungsdienste und Alarmzentrale;
- die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Erlasse der Solothurner Spitäler AG (soH).

1.1 Rettungsdienste und Alarmzentrale

Die Rettungsdienste verfügen zur Zeit nur hinsichtlich der gesundheitspolizeilichen Bewilligung für private Einrichtungen über eine gesetzliche Grundlage (§ 57 Gesundheitsgesetz). Eine konkrete gesetzliche Grundlage für Leistungsvereinbarungen im Bereich des Rettungswesens fehlt hingegen noch. Grund dafür ist, dass der Rettungsdienst im Kanton Solothurn bisher als Aufgabe der Spitäler betrachtet wurde (wie z.B. die Führung von Kliniken), die sie zum Teil selbst erfüllten (Bürgerspital Solothurn, Kantonsspital Olten) oder durch andere erfüllen liessen (Spital Grenchen: Stadtpolizei Grenchen, Spital Dornach: Firma Käch, Spital Breitenbach: Firma Paramedic). Der Auftrag des Kantons erfolgte bisher über die generelle Norm der Leistungsvereinbarung an das kantonale Spital gemäss §§ 9ff Spitalgesetz. Die Firma Paramedic und der Rettungsdienst SRO haben kürzlich Gesuche um kantonale Beiträge für ihre Leistungen in den Bezirken Thierstein bzw. Thal/Gäu gestellt, welche bisher ganz oder teilweise nicht von den eigenen Rettungsdiensten der soH versorgt werden können. Dies insbesondere aufgrund der zeitlichen Vorgaben für Rettungseinsätze.

Hinsichtlich der Alarmzentrale fehlt bis heute ebenfalls eine Grundlage in einem formellen Gesetz. Da der Rettungsdienst einerseits eng mit der Alarmzentrale und auch mit der Spitalversorgung verknüpft ist, andererseits das Spitalgesetz bereits Bestimmungen über Leistungsvereinbarungen enthält, drängt sich die Regelung dieser Materie im Spitalgesetz auf. Die neue Norm enthält nur, was im formellen Gesetz unbedingt stehen muss: Grundsätze, Kompetenzen und Delegationsnormen sowie der Verweis auf die Anwendung der bestehenden Bestimmungen des Spitalgesetzes hinsichtlich Leistungsvereinbarungen. Wichtiger Punkt von § 14^{bis} ist die Flexibilität: Der Regierungsrat hat die Möglichkeit, alle Leistungsvereinbarungen mit Rettungsorganisationen selbst oder mit der soH eine Leistungsvereinbarung über den gesamten kantonalen Bereich abzuschliessen. In diesem Fall ermächtigt die neue Gesetzesbestimmung die soH, den Rettungsdienst ganz oder teilweise mit Leistungsvereinbarungen an andere öffentliche oder private Leistungserbringer weiter zu geben.

Ebenfalls in § 14^{bis} wird der Betrieb der Alarmzentrale geregelt. Der Regierungsrat hat dabei die Optionen, die Alarmzentrale selber zu führen oder die Führung einem Dritten zu übertragen.

Allfällige Einzelheiten des Bereichs „Rettungsdienste und Alarmzentrale“ sind in einer Vollzugsverordnung zum Spitalgesetz zu regeln.

1.2 Erlasse der soH

Die Tarife der soH werden alljährlich von der soH festgelegt. Diesen Tarifbestimmungen fehlt bisher eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage, vor allem soweit es sich um Tarife handelt, die nicht nach den Bestimmungen der Sozialversicherungen (v.a. KVG) verhandelt bzw. festgesetzt wurden. Deshalb wurde in den bisherigen § 19 folgender Satz aufgenommen: „Auf diese Leistungen finden die Tarifbestimmungen der Solothurner Spitäler AG Anwendung.“ Dies ist die einzige inhaltliche Änderung, ansonsten wurde der bisherige § 19 nur neu gegliedert.

2. Auswirkungen

Die Gesetzesänderungen haben weder personelle noch finanzielle Auswirkungen. Beiträge des Kantons Solothurn an die Rettungsorganisationen Paramedic und SRO wurden schon in früheren Jahren ausgerichtet (über das Bezirksspital Thierstein bzw. gemäss Vertrag mit dem Spital Niederbipp). Angesichts der eher formellen Natur der Gesetzesänderungen und der marginalen Auswirkungen wurde auf die Durchführung eines Vernehmlassungsverfahrens verzichtet.

3. Rechtliches

Beschliesst der Kantonsrat die Gesetzesänderung mit weniger als zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder, unterliegt sie dem obligatorischen Referendum

4. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Esther Gassler
Frau Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

5. Beschlussesentwurf

Änderung des Spitalgesetzes

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 40 Absatz 2, 76 Absatz 2, 100 und 101 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986¹⁾, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 25. August 2008 (RRB Nr. 2008/1461), beschliesst:

I.

Das Spitalgesetz vom 12. Mai 2004²⁾ wird wie folgt geändert:

Als Titel C^{bis} und § 14^{bis} werden eingefügt:

C^{bis} Rettungsdienste und Alarmzentrale

§ 14^{bis}

¹⁾ Der Kanton stellt die sanitätsdienstliche Rettung sicher.

²⁾ Der Regierungsrat oder das von ihm beauftragte kantonale Spital können mit Rettungsorganisationen Leistungsvereinbarungen abschliessen. Die §§ 9 bis 12 sind sinngemäss anwendbar.

³⁾ Der Kanton führt eine Alarmzentrale. Der Regierungsrat kann einen Dritten mit der Führung der Alarmzentrale beauftragen.

⁴⁾ Die Koordination der Rettungsdienste erfolgt über die Einsatzleitstelle der Alarmzentrale.

§ 19 lautet neu:

¹⁾ Die Leistungsvereinbarung zwischen der Aktiengesellschaft und dem Kanton ist ein Vertrag nach dem öffentlichen Recht. Die Haftung der Aktiengesellschaft und ihres Personals richtet sich nach dem Verantwortlichkeitsgesetz.

²⁾ Für die Vergütung von Leistungen, die durch die Sozialversicherung nicht gedeckt sind, gilt öffentliches Recht. Auf diese Leistungen finden die Tarifbestimmungen der Solothurner Spitäler AG Anwendung.

³⁾ Die Rechtsbeziehungen zum Personal richten sich nach dem Gesetz über das Staatspersonal. Die Verbände des im Spital tätigen Personals können mit der Aktiengesellschaft einen Gesamtarbeitsvertrag auf der Grundlage des Gesetzes über das Staatspersonal oder des Obligationenrechts abschliessen.

II.

Der Regierungsrat bestimmt das Inkrafttreten.

Im Namen des Kantonsrates

¹⁾ BGS 111.1.
²⁾ BGS 817.11.

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt Referendum.

Verteiler KRB

Departement des Innern, Gesundheitsamt (2); HS, BS

Parlamentsdienste

Solothurner Spitäler AG (soH), Schöngrünstrasse 36a, 4500 Solothurn

Polizei Kanton Solothurn

GS

BGS